

ENERGIE

DIE HERAUSFORDERUNG

Ungeachtet der langfristigen Auswirkungen des Klimawandels ist ein nachhaltiger Umgang mit begrenzt vorhandenen Ressourcen dringend erforderlich. Die in den vergangenen Dekaden gelebte Praxis zerstört zunehmend die Umwelt und verringert die Lebensqualität unserer Folgegenerationen. Die Kosten dieser Zerstörungen sind jedoch nicht in den aktuellen Energie- und Rohstoffpreisen enthalten. Da die Zusammenhänge komplex und die erforderlichen Verhaltensänderungen unbequem sind, bedarf es politischer Lenkungsmechanismen zur Schaffung von Anreizen.

Internationale Entwicklung

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Erdöl beträgt in den Industrieländern durchschnittlich 14 Fass pro Jahr. In den Entwicklungsländern liegt der Durchschnitt bei 3 Fass pro Jahr und Person. Die Ressourcen unserer Welt mit 1 Mrd. Autos werden bei gleicher auf Fossiltreibstoff basierender Technologie nicht für 2 Mrd. Autos reichen.

Alle historischen Energiekrisen seit dem 2. Weltkrieg hatten verschiedene Gründe (Politische Krisen, Embargos, Kriege, Naturkatastrophen) aber immer eine Gemeinsamkeit: Sie kamen unerwartet.

Laut einer Studie der IEA wird der Weltprimärenergiebedarf in den kommenden 25 Jahren insgesamt um 36 % steigen. Dies ist der Durchschnitt. In der Realität bedeutet dies, dass alleine Chinas Bedarfssteigerung in diesem Zeitraum auf 75 % prognostiziert wird.

Österreich verfügt über keine nennenswerten fossilen Energievorkommen, jedoch über beachtliche erneuerbare Energiepotenziale. Trotz dieses Umstandes fließen Jahr für Jahr ca. 15 Mrd. Euro für den Import von fossilen Energieträgern in das Ausland ab. Dies ist der Hauptgrund einer seit langer Zeit negativen Außenhandelsbilanz. Problematisch dabei ist zusätzlich die Entwicklung dieser negativen Bilanz: Stark steigend und korrelierend mit jedem Anstieg des Rohölpreises. Vor dem Hintergrund von Peak Oil sowie dem Energiehunger der wachsenden BRIC Länder zeichnet sich eine Entwicklung ab, die mit Sicherheit zu höheren Energiekosten für Österreich und damit zu Kaufkraftverlust und Arbeitslosigkeit führen wird.

Energieeinsatz in Österreich

Der Bruttoinlandsverbrauch (dies ist jene Energiemenge, die zur Deckung des inländischen Energiebedarfs notwendig ist) ist in Österreich seit 1990 um 39 % gestiegen und liegt im Jahr 2010 bei 1.458 PJ. Die jährliche Steigerung in diesem Zeitraum beträgt 1,6 %. Der Grund für den Anstieg des Bruttoinlandsverbrauchs in diesem Zeitraum sind gestiegene energetische Endverbräuche in den Sektoren Verkehr (+76 %), produzierender Bereich (+47 %), private Haushalte (+18 %) und öffentliche und private Dienstleistungen (+66 %).

71 % des Bruttoinlandsverbrauch werden in Österreich mit fossilen Energieträgern gedeckt (Weltweit 80 %): Erdöl und Erdölprodukte verzeichnen einen Anteil von 38 %, Gas und Kohle einen Anteil von 24 % bzw. 10 %. Erneuerbare Energieträger haben dabei einen Anteil von 26 %. In Schweden liegt dieser Anteil bei 50 %.

Der Sektor Verkehr verzeichnet die größte Zunahme mit einem Anstieg von 76 % im Zeitraum 1990 bis 2010 und sein Anteil am gesamten energetischen Endverbrauch liegt bei 33 %. Der Energieverbrauch dieses Sektors wird zu 95 % aus Erdölprodukten gedeckt.

Die Kosten für Importe von Öl, Gas und Strom

Die Mehrausgaben für Energieimporte bei Öl, Gas, Kohle und elektrischem Strom sind von 2003 mit vier Milliarden Euro bis 2008 auf neun Milliarden Euro massiv gestiegen. Auswirkungen hat das nicht nur auf die Energiepreise an sich, sondern für jede/n Konsumenten/-in in Österreich. So werden die Mehrkosten für fossile Energieträger einerseits an die Verbraucher_innen direkt weitergegeben, andererseits werden die notwendigen CO₂-Zertifikate teuer zugekauft.

Versorgungssicherheit

Investitionen in erneuerbare Energieträger in Österreich sind ein wichtiger Beitrag zur nationalen Versorgungssicherheit. Das wird angesichts der Begrenztheit der weltweiten Reserven an fossiler Primärenergie von Öl, Gas und Kohle sowie Uran bei gleichzeitig kontinuierlicher Verbrauchssteigerung besonders deutlich. Radikale Preisschübe können nur über dauerhaft verfügbare Primärenergieträger aus erneuerbarer Quelle abgefangen werden.

Lösungsansatz

Die Lösungsansätze zu den bereits seit den 90er Jahren bekannten Problemstellungen (siehe „Die Grenzen des Wachstums“ Dennis Meadows / Club of Rome) sind mittlerweile auch in den offiziellen Energiestrategie-Papieren der Österreichischen Bundesregierung angekommen (siehe „Energiestrategie Österreich“ BMWFJ vom 10.03.2011).

Die Problemstellungen und Lösungsansätze wurden größtenteils richtig erkannt, jedoch werden die erforderlichen Reformen politisch weder zeitlich noch inhaltlich umgesetzt.

UNSERE VISION

Die NEOS Energiepolitik stützt sich auf drei Grundprinzipien:

1. SICHER

Die Versorgungssicherheit zur langfristig abgesicherten Energieversorgung auch in Zeiten sich international verändernder politischer Kräfteverhältnisse und Krisensituationen muss bestmöglich gewährleistet sein.

Die technologische Sicherheit darf nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt zugunsten der Wirtschaftlichkeit aufgegeben werden. Für NEOS ist die Errichtung bzw. der Betrieb von Kernkraftwerken auf Basis der Kernspaltung (Fission) in Österreich keine Option.

2. WIRTSCHAFTLICH

Bei der Wahl der geeigneten Energieproduktion sowie der geeigneten Handelspartner_innen soll allein im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft entschieden werden. Mittelfristig soll die Reduktion des Importes fossiler Brennstoffe den Österreichischen Markt unabhängiger von steigenden Ölpreisen machen und die österreichische Handelsbilanz verbessern. NEOS bekennt sich klar zum Ausbau erneuerbarer Energiequellen sowie zur optimalen Realisierung von vorhandenen Einsparungspotenzialen in Österreich.

Erneuerbare Energien wie Wasserkraft, Windkraft, Biomasse, Photovoltaik, Solarthermie und Geothermie sollen umweltverträglich ausgebaut, Expertise entwickelt und Wertschöpfung im Land generiert werden.

3. NACHHALTIG

NEOS Energiepolitik sieht sich als Partner einer nachhaltigen Umweltpolitik. Politische Lenkungsmechanismen sollen sorgsam und vorhersehbar unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips (PPP PolluterPaysPrinciple) implementiert werden. Reformen sollen von verantwortungsvollen Politikern im Sinne der Generationengerechtigkeit umgehend realisiert werden.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Folgende Leitlinien und Ziele sollen Einzug in das kommende Regierungsprogramm finden:

- Bekenntnis zur unmittelbaren Umsetzung von energiepolitischen Maßnahmen in Österreich, die zur Senkung des fossilen Energieverbrauchs führen und wirtschaftliches Wachstum fördern.
- Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion auf 50 % des Energiebedarfes bis 2020.
- Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion auf 75 % des Energiebedarfes bis 2030.
- Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion auf 100 % des Strombedarfes bis 2020.
- Österreichs Ziel: „low carbon economy“ bis 2050.
- Aktive internationale Außenpolitik zum Abschluss einer internationalen Energie- & Umweltvereinbarung in Paris im Jahr 2015 welche 2020 in Kraft treten soll.

Folgende Maßnahmen sollten umgesetzt werden:

1. Beschluss eines bundesweiten energie- und klimapolitischen Grundgesetzes im Verfassungsrang, das auf den Prinzipien einer fairen, zukunftsorientierten und klimaschonenden Energiepolitik basiert und die EU-Energie- und Klimazielssetzungen von 2020 bis 2050 verbindlich festschreibt. Die dadurch entstehende Planungssicherheit bei zweckgebundenen Investitionsförderungen im Bereich Wohnbau sowie erneuerbaren Energien soll Finanzierungsmöglichkeiten und Investitionsimpulse schaffen. Ein bundesweiter Allokationsplan soll Schutz und langfristige Rahmenbedingungen für strategisch relevante Energieversorgungseinrichtungen bieten.
2. Unmittelbare Umsetzung eines Konjunkturpaketes für Energieeffizienz über 2 Mrd. Euro pro Jahr aus den Mitteln der Wohnbau-förderung und CO₂-Steuer für die thermische Sanierung von Gebäuden sowie für die Förderung der Umstellung auf erneuerbare Energieträger. Ein solches Konjunkturpaket würde Österreichs Energieabhängigkeit reduzieren, die Außenhandelsbilanz verbessern, qualitativ hochwertigen Wohnraum schaffen, die Betriebskosten reduzieren und ca. 30.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

3. Beschluss eines energiepolitischen Steuerpaketes:

- Senkung der Lohnsteuer
- Abschaffung der Mineralölsteuer
- Abschaffung der motorbezogenen Versicherungssteuer
- Abschaffung der NOVA
- Abschaffung der KFZ-Steuer
- Abschaffung der Autobahnmaut
- Einführung einer CO₂-Steuer auf den Erwerb fossiler Energieträger (Benzin, Diesel, Heizöl, ...) in der Höhe equivalent zu den Einsparungen, jedoch vermindert um das administrative Einsparungspotenzial der Einzelsteuern.

Die positiven Ergebnisse langer Beobachtungszeiträume in Skandinavien nach Entlastung des Faktors Arbeit (Senkung der Lohnsteuer) und schrittweiser Einführung der CO₂-Steuer (bei differenzierten Sätzen für die Wirtschaft um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden) sind überzeugende Beispiele einer wirtschaftlich und ökologisch erfolgreichen Energiepolitik.

